Europa mit dem Brexit Reinhard Kaiser, 18.7.2016

**Tage voller Aufgeregtheiten, Tränen, Pampigkeiten, Triumphgeschrei - Europa lohnt ein paar Gedanken mehr.**

Die EU hat in der Anlage zwei gravierende Konstruktionsfehler. Und sie hat eine fundamentale Neuaufstellung nach Lissabon entwickelt. Dies sind strukturelle Ursachen für die aktuelle Krise.   
Um diese insgesamt zu erklären muss man natürlich weitere, externe und subjektive, Faktoren mitbetrachten.

**Konstruktionsfehler 1**: Der Binnenmarkt setzt auf gleichberechtigten Marktzugang und fairen Wettbewerb im ganzen Raum der EU. Daher sind produktbezogene Vorschriften grundsätzlich Gemeinschaftsrecht und werden dort mit qualifizierten Mehrheiten beschlossen. Subventionen wirken marktverzerrend (das ist ihr Sinn) und sind daher genehmigungspflichtig, dafür gibt es z.B. den Umweltbeihilferahmen. Dieser Binnenmarkt und seine Regulierung funktioniert im Ganzen recht gut, mit zahllosen Anmerkungen von Unterhaltungswert im Detail.

Zugleich blieb aber das Steuerrecht dem Einstimmigkeitsprinzip unterworfen, peinlicherweise wesentlich auf ausdrückliches Betreiben Deutschlands. Die Folge ist, dass die steuerrechtlichen EU- Vorschriften (es gibt sie durchaus) recht bürokratisch und blutleer daherkommen. Es darf, z.B., nicht mehr als drei Steuersätze bei der Mehrwertsteuer geben (in Deutschland 0% - 7% - 19%), das ist neoliberal als eine Vorkehrung gegen eine besondere Besteuerung von Luxusgütern gedacht, Wirkung - naja. Die eigentlich interessante Höhe der Steuersätze und die Regelung, was unter welchen Steuersatz fällt, ist dann Sache der Mitgliedsstaaten.

Die einstimmigkeitsbedingte Reduzierung der EU- Steuerrechtssetzung auf Minimalkonsense und bürokratische Skurrilitäten hat eine dramatische Konsequenz. Das, was die Mitgliedstaaten bei den Subventionen nicht dürfen, nämlich sich einen Wettbewerb zugunsten ihres jeweiligen Wirtschaftsstandorts liefern, das dürfen sie beim Steuerrecht! Irland- Steuerparadies der Produzenten. UK- Steuerparadies der Finanzmakler. Luxemburg- Steuerparadies der Spekulanten und Profi-Steuervermeider, usw. usf. Auch Deutschland war (hochengagiert unter Hans Eichel) und ist in seiner Weise dabei. Die Empörung über Junkers Steuermanipulationspolitik als MP in Luxemburg ist inhaltlich völlig berechtigt, aber er hat schlicht getan, was das System allen Akteuren erlaubt und im Grunde von ihnen erwartet.

Merke: Keine Marktharmonisierung ohne Steuerharmonisierung für die Marktakteure, sonst- programmierte Steuerskandale, mit Delegitimation des Systems.

**Konstruktionsfehler 2**: Niederlassungsfreiheit innerhalb der Union, m.E. eine der wichtigsten Errungenschaften überhaupt. Auch diese funktioniert im Grundsatz bemerkenswert gut, solange es sich um Migration auf der Suche nach Arbeit handelt, mit nur gelegentlichen und eher lokalen Verwerfungen (z.B. in der Übergangszeit zeitweiliges Ruinieren der deutschen Fliesenleger durch Einwanderung aus Polen, die nur unter dem Vorwand, Fliesenleger sein zu wollen, legal möglich war – typisches Beispiel eines angstbedingten Regulierungsfehlers). Das kann aber nicht funktionieren bei Wanderung zwischen den Sozialsystemen. Wenn die Sozialhilfe in Deutschland deutlich höher ist als ein schwer verdientes Gehalt in Bulgarien entsteht ein nicht erwünschter Wanderungsanreiz. Solche Wanderungen bzw. den Bezug von Sozialleistungen im EU- Zielland auszuschließen widerspricht heftig dem Prinzip der Niederlassungsfreiheit und ist im Ansatz wie im Vollzug sehr problematisch. Entsprechende nationalstaatliche Regelungen dennoch zu ermöglichen war ein Anliegen Camerons vor dem Brexit.   
Solange die EU- Mitgliedstaaten zumindest entfernt ähnliche Wohlstandsniveaus hatten, führte dieser Konstruktionsfehler – die Sozialsysteme sind nicht harmonisiert und auch nicht regulatorisch an die Niederlassungsfreiheit angepasst – nur zu begrenzten, eher vorübergehenden Aufschlägen (etwa zeitweilige Zuwanderung von Roma nach Deutschland explizit zwecks Sozialhilfebezugs in den frühen 90’er Jahren). Mit der raschen Erweiterung der Union auf den Balkan, in dieser Eile und unter Inkaufnahme abenteuerlicher Governance- Verhältnisse nur außenpolitisch zu erklären (es ging darum, den Balkan dem Einfluss Russlands dauerhaft zu entziehen, solange Russland noch zu geschwächt zum Widerstand war), und der nach Übergangsfristen folgenden Niederlassungsfreiheit wurde das Problem virulenter und vor allem dauerhafter; es eskalierte dann politisch in den vergangenen Jahren überraschenderweise stärker bei Zuwanderern aus potentiellen Beitrittskandidaten wie Albanien und Kosovo.

Die Fallzahlen blieben dabei insgesamt durchaus begrenzt, die fiskalischen Folgen ausgesprochen gering, aber das demagogische Potential dieses Konstruktionsfehlers war (und ist) gewaltig: „EU heißt, dass die vom Balkan kommen und hier auf unsere Kosten Sozialhilfe kassieren.“ So löst man elementare Neid- und Hassgefühle aus, die umso größer werden, je schwerer die Menschen selbst für jeden Cent arbeiten müssen. Nicht überraschend, dass die AfD in den unteren Schichten große Erfolge erzielt.

Merke: Niederlassungsfreiheit zwischen Staaten sehr unterschiedlichen Wohlstandsniveaus wird nur stabil sein, wenn die Sozialsysteme in wohlüberlegter, öffentlich ausführlich (hochkontrovers!) diskutierter Weise auf die Situation eingestellt und mindestens in Grundstandards („wir lassen niemanden verhungern oder erfrieren! Es gibt immer elementare medizinische Versorgung!“) harmonisiert werden. Sonst neidvolle Skandalisierung mit Delegitimation des Systems.   
Langfristig klappt das nur, wenn die Wohlstandsniveaus sich tendenziell angleichen. Was eine gemeinsame Strategie der Wirtschaftsentwicklung einfordert. Warum gibt es diese nicht? Teilantwort dazu im nächsten (letzten) Punkt: Die Union hat andere Sorgen und andere Probleme.

(Gern wird als „Dritter Konstruktionsfehler“ angeführt: „Währungsunion ohne abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik“. Dies teile ich nicht. Als 1871 die Reichsmark an die Stelle der Währungen der deutschen Einzelstaaten trat, konnte von einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik keine Rede sein, und die Staaten der USA haben bis heute nichts dergleichen. Die sogenannte „Euro- Krise“ der letzten 7 Jahre hat mit dem Euro rein garnichts, mit den staatlichen Haushalten und den internationalen Finanzmärkten dagegen sehr viel zu tun; ein Thema für sich, aber gesichert kein „Konstruktionsfehler“.)

**Drittens Lissabon:** Der Wandel, den die EU mit und seit dem Lissabon- Vertrag erfahren hat, wird bemerkenswert wenig thematisiert. Die EU war zuvor ein historisches Unikum, ein kräftiges, aber behäbiges, politisch aktives, aber wegen seiner Heterogenität wenig konfliktgeneigtes Bündnis von Nationalstaaten unter einem gemeinsamen verbindlichen Dach. Dies führte zu einer ganz überwiegend sehr sympathischen Politik, die gegenseitige Vorteile mit Partnern in den Mittelpunkt zu stellen bemüht war, nach innen wie nach außen.

Lissabon hat im Ergebnis eine immense Straffung und Stärkung der europäischen Strukturen bewirkt, bei größerer Kompliziertheit und, gerade im Neuen, teilweiser Ablösung von demokratischer Kontrolle. Die Ratspräsidentschaft als direkter Arm der Mitgliedstaaten ist wirklich mächtig, die Hohe Beauftragte für die Außenpolitik kann wie die Außenministerin einer Großmacht agieren und hat das auch getan; die Kommissionspitze wurde mit Juncker erstmals politisch – vom Parlament – bestimmt, und politisch, wie die Regierung eines Staates, wird die Kommission seitdem auch erstmals geführt (mit ganz drastischen, leider wegen Junckers politischer Orientierung negativen Auswirkungen). Hier ist das Parlament grundsätzlich stärker geworden, ohne dass sein Einfluss auf das Verfassungsorgan Kommission in der Praxis bisher zugenommen hätte. Geradezu ausgegrenzt ist das Parlament (und teilweise auch die Kommission) dagegen bei den „neueren Strukturen“: Die jetzt erst wichtig gewordene Eurogruppe, die Einrichtungen zur Bewältigung der Finanzkrise wie der ESF, auch die EZB – hier hat das Parlament garnichts zu melden, selbst die Regierungen der Mitgliedstaaten als Kollegialorgane und erst Recht die nationalen Parlamente nicht – hier haben sich exekutive Teilbereiche faktisch abgekoppelt und sich machtvolle, verselbständigte Strukturen geschaffen.

In diesem veränderten Institutionenfeld sind in den letzten Jahren für die EU eher neue, für eine Großmacht strukturell leider durchaus systemgerechte, aber **hochproblematische Inhalte** entstanden.

1. Die europäische Antwort auf die Finanzkrise (gewaltige Schuldenprobleme auf Grund der geplatzten Finanzmarktblase, daher die Schwierigkeiten mehrerer Mitgliedsstaaten, ihre laufenden Kredite am Kapitalmarkt zu refinanzieren) war ein lupenreines monetaristisches Programm (vollständig anders als auf nationaler Ebene in Deutschland!), erwartungsgemäß mit schlimmen sozialen Konsequenzen für die betroffene Bevölkerung. Eine demokratische, Alternativen zur Entscheidung bringende Diskussion darüber fand de facto nicht statt und war auf Grund der Strukturen auch kaum möglich – wo wäre denn der legitime Ort dafür gewesen?
2. Die Union entwickelte in diesem Zusammenhang ein ganz neues, eingreifendes, bedrohliches Verhältnis zu jedenfalls einigen ihrer Mitgliedsstaaten.   
   Griechenland ist dafür das ausgeprägteste und bis heute anhaltende Beispiel: Hier findet eine regelrechte Kolonialherrschaft über das Land statt (kann man es anders nennen? Bin für Vorschläge dankbar!). Die Kolonialherren bestimmen die Rechtssetzung, den Umgang mit dem Staatsvermögen, selbst die Honorarordnung für Rechtsanwälte nach ihrem Gusto bis ins Detail, ohne irgendjemandem darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. Die Regierung darf nach dem MoU vom Sommer 2015 nicht einmal Politikvorschläge veröffentlichen, geschweige denn irgendetwas umsetzen, ohne die Zustimmung „der Institutionen“. Wer diese „Institutionen“ in Griechenland vertritt, wer diese Vertreter für ihre Arbeit munitioniert, was sie eigentlich tun und anstreben – darüber gibt es sehr wenig Information und keinerlei Debatte. – Ein Pro- Brexit- Argument war denn auch: “Wenn die EU so toll ist – wieso ist dann die Hälfte der Jugendlichen in Griechenland arbeitslos?“ Leider nicht ohne Grundlage, diese Frage! Auch hier eine Dimension der Delegitimierung, die z.B. für die britischen Grünen in der Brexit- Debatte ein Problem darstellte.  
   Nur am Rande: Dass Griechenland keinerlei „Hilfe“ bekommen hat – m.W. keinen € , obwohl immer wieder „Griechenlandhilfe“ in der Zeitung steht – sollte eigentlich bekannt sein. Es wurden und werden lediglich die vorhandenen Kredite Griechenlands statt vom Kapitalmarkt von staatlichen Geldgebern (EZB, IWF, ESF usw.) refinanziert, gegen Zinsen. Damit vermeiden wir einen (auch für uns teuren) Staatsbankrott, den fast jedes Land der Welt – auch Deutschland! – sofort erleben würde, wenn die Kapitalmärkte ihm keine Kredite mehr geben. Die Geldgeber – auch wir - verdienen (!) in gewissem Umfang an diesem Griechenland- Geschäft.
3. Die Union entwickelte ein kämpferisches statt kooperatives Verhältnis nach außen. Die östliche Partnerschaft wurde noch in Günter Verheugens Zeiten als Kommissar ins Leben gerufen; sie richtete sich ausdrücklich “nicht gegen Dritte“ (gemeint: Russland). Darin sollte sie sich gerade unterscheiden von der Haltung der Amerikaner, alle antirussischen Kräfte wo irgend möglich gegen Russland zusammenzuschließen, und seien sie noch so irrsinnig; an Saakaschwilis Angriffskrieg Georgiens gegen Nordossetien (Feuereröffnungf am ersten Tag der olympischen Spiele in Peking) erinnern wir uns vielleicht noch, er hatte ca. 40 junge, ehrgeizige US- Militärberater an Bord; inzwischen ist er hochrangiger Berater der ukrainischen Regierung. Etwa seit Anfang des Jahrzehnts stellt die Union jetzt, wie die USA, ebenfalls jeden osteuropäischen und nordasiatischen Partner vor die klare Frage: Mit uns oder mit Russland?   
   In der Ukraine haben USA und EU einen demokratisch gewählten und durch Erfolg in einer späteren Parlamentswahl erneut legitimierten Präsidenten am Ende der Maidan- Aktivitäten durch bewaffnete Rechtsradikale wegputschen lassen, unter Bruch des zwei Tage zuvor ausgehandelten und von der Regierungsseite am Vortag sofort umgesetzten „Maidan- Vertrags“. Die EU spielte bei dieser monatelangen Destabilisierungsaktion zur Schwächung / zum Sturz einer als „prorussisch“ eingeordneten Regierung die initiierende und im Verlauf durchaus eine wichtige Rolle, musste allerdings die Demütigung hinnehmen, dass schließlich nicht die EU, sondern die USA bestimmten, wer die neue Regierung führen würde (nicht Klitschko, sondern Jazenjuk; wir erinnern uns an das Newland- Telefonat: „Fuck the EU“ – darum ging es dabei). Die transatlantische Einheit war rasch wiederhergestellt: Die Russen auf der Krim, die von der nationalistischen Putschregierung in Kiew nicht regiert werden wollten und sich in einer Volksabstimmung für den Anschluss an die Russische Föderation entschieden haben, bestrafen wir mit den schärfsten möglichen Sanktionen (umfassender Wirtschaftsboykott, auch unter Bruch bestehender Verträge etwa für die Lieferung von Strom). Wer nicht hören will muss fühlen! Wir erleben geradezu klassische imperialistische Machtpolitik. Aus der „vor- Lissabon“ – Zeit der EU ist mir kein vergleichbares Beispiel präsent.  
     
   Einen solcher Partner, der gewählte Regierungen bedenkenlos kujoniert (Griechenland) oder auch stürzt (Ukraine), müssen andere Regierungen naturgemäß mit einer gewissen Vorsicht behandeln.   
   Ist es daher überraschend, dass Erdogan auf die Gezi – Park- Aktionen schnell und brutal repressiv reagierte? Das roch doch nach Maidan, nach Destabilisierung mit anschließendem Putsch, in der Türkei am Ende statt durch rechte Banden eher durch das von ihm aus der Politik gedrängte Militär zu vollziehen. So etwas zu tolerieren wäre ja geradezu selbstmörderisch gewesen. Und so schlimm die Erdogansche Repressionskampagne war und so sehr die Betroffenen unsere Unterstützung verdienen, so ist ihre Ursache doch nicht schwer zu verstehen.  
   Selbstverständlich kritisierte und kritisiert die EU diese „Unterdrückung demokratischer Freiheiten“ durch Erdogan „aufs schärfste“ – aber was ist daran ehrlich? Ganz offensichtlich werden „Demokratie“-argumente hier instrumentell aus außenpolitischen Gründen verwendet. Dieselbe Union, die Erdogan eigentlich gern stürzen würde, ohne allerdings irgendeine Perspektive für die Zeit nach ihm zu haben (wie in Libyen) brauchte ihn andererseits immer wieder im Kampf gegen Russlands Einfluss / „das Assad- Regime“ in Syrien (das störte es auch nicht, dass der IS seine Nachschubwege durch die Türkei hatte) und musste sich, als er im Sommer 2015 die Flüchtlinge als Waffe entdeckt hatte, regelrecht wieder mit ihm arrangieren, wenn auch höchst unwillig und höchst ungern vertragstreu, wenn überhaupt. Die komplexen Windungen europäischer Politik bezüglich der Türkei tragen nicht eben zur Steigerung ihrer Akzeptanz bei, weder rechts noch links noch in der Mitte.
4. Die Flüchtlingskrise von 2015 hat die Union völlig auf dem falschen Fuß erwischt. Es ist allerdings bedeutend leichter dies zu kritisieren als realitätstaugliche Vorschläge machen. Das Problem ist zunächst einmal sehr übersichtlich: Von Teilen der Grünen, Kirchen und NGO’s abgesehen besteht Konsens in der EU, dass man die Außengrenzen schließen (EU- Sprech: „sichern“) möchte; eventuell – schon kontrovers - würde Einwanderung zugelassen, wenn wirtschaftlich günstig (Fachkräfte) oder politisch opportun (syrische Christen). Nur- auf See gelingt die Grenzschließung ganz einfach nicht. Die Flüchtlinge ertrinken zu lassen widerspricht dem Seerecht; hat man sie “gerettet“ muss man sie an Land bringen, damit sind sie erstmal in der EU und man wird sie dann nur schwer wieder los, sie benutzen Rechtsmittel, tauchen unter oder gehen nach Jahren auch „freiwillig“ wieder, in denen sie aber legal oder illegal für ihre heimischen Verhältnisse ein Vermögen verdient haben. Solange dies ein aussichtsreicher Einwanderungs- bzw. Erwerbsweg bleibt, wird er auch genutzt werden, und zahlreiche Menschen werden dabei ertrinken. Stoppen kann man das nur in den Ländern, in denen die Menschen auf die Boote gehen, was Vereinbarungen mit den dortigen Regierungen voraussetzt, egal wie man sie findet – Modell Türkei.   
   Diese Vereinbarungen, die für jene Regierungen ja Vorteile bringen müssen, werden naturgemäß in der demokratischen Öffentlichkeit Europas nicht allseits geschätzt und tragen im Ergebnis wieder zur Delegitimierung der Union bei. Umso mehr delegitimierend, wenn die politische Not ins Absurde führt – Folterstaaten zu „Sicheren Herkunftsländern“ zu erklären ist zwar eine sehr deutsche Idee, wird aber im Ergebnis auch der EU angekreidet werden.   
   Mit dieser Situation umzugehen ist wirklich schwierig, und ich will in diesem Beitrag dazu keine keine simplen Vorschläge machen.
5. Im Hintergrund ist das Problem aber noch viel ernster, wie an der Reaktion auf die Merkel’sche „Zumutung“ deutlich wurde, in allen Mitgliedsstaaten einige Flüchtlinge aufzunehmen, statt das gemäß Dublin- Abkommen zum alleinigen Problem Italiens und Griechenlands zu erklären. In den Staaten des früheren sozialistischen Lagers haben wir konsequent mit allen Kräften kooperiert und sie unterstützt, die sich durch Antikommunismus und Russlandfeindlichkeit auszeichneten, und das waren naturgemäß häufig „national gesinnte“ Kräfte. Wer noch innere Beziehungen zur sozialistischen Zeit und ihren Werten hatte oder dessen verdächtig war, war und ist für unsere „europäische“ Politik „out of area“. Wir nahmen dabei begrenzte Kollateralschäden wie die Massenausbürgerungen russischsprachiger Bürger in Estland oder rechtradikale Geschichtsklitterungen in Ungarn in Kauf. Im Sinne von Stabilisierung und wirtschaftlicher Entwicklung war diese Politik bis zum letzten Jahr tatsächlich recht erfolgreich. Der Durchmarsch einer offen rechtsgerichteten, zutiefst autoritären Partei in Ungarn mochte als Episode erscheinen.   
   Jetzt erst erleben wir, was diese Formierung der dominierenden politischen Eliten, an der wir leider aktiv mitgewirkt haben, tatsächlich bedeutet. Mit dem Machtwechsel in Polen ist eine neue Lage entstanden. Unter den Parolen: „Ausländer raus!“ und „Kampf gegen Russland!“ hat sich eine Allianz osteuropäischer Staaten innerhalb der EU formiert, deren „Freundschaft“ wir – die Bundesregierung wie die EU- Spitze - uns durch ein gemeinsames Feindbild zu erhalten versuchen: Die Unionsspitzen und Deutschland übernehmen die Führungsrolle in Sanktionspolitik, Aufrüstung und Truppenstationierung an den russischen Grenzen - kostspielig, völlig gegen unsere eigenen Interessen und extrem gefährlich für den Frieden, dessen wir uns immer noch erfreuen.

Auch mit dieser Politik delegitimiert sich die Union ganz aktuell. Es ist die absonderliche Situation entstanden, dass die nationalistischen, populistischen, EU- feindlichen Kräfte quer durch West- und Mitteleuropa – ob Front National oder AfD - Friedenspolitik predigen, weil sie kein nationales Interesse in diesem Kampf gegen Russland sehen, während die „Völkerverständiger“ und EU- Integrationsbefürworter Säbelrasseln und aggressive Machtpolitik betreiben. Eine NATO, deren Militärausgaben im Jahr 2014 das 10,8- fache (!) der russischen betrugen, beschließt auf ihrem jüngsten Gipfel einhellig weitere massive Aufrüstung; Deutschland z.B. soll seine Militärausgaben um gut die Hälfte erhöhen, von 1,3% auf 2% des BIP!   
Und da die Menschen jedenfalls in den westlichen EU- Staaten in ihrer großen Mehrheit diesen „weltpolitischen“ Kampf gegen Russland nicht wollen, liegt hier natürlich für die EU- Gegner ein gewaltiges, gesellschaftlich geräumig ausgreifendes Mobilisierungspotential, weit über die klassischen nationalistischen, ausländerfeindlichen Milieus hinaus, die sie selbstverständlich auch bedienen.

Diese grundsätzlichen Probleme sollten wir im Kopf haben, wenn wir über den Brexit- Ausgang sinnieren. Aber ein weiteres, kaum weniger erschreckendes Phänomen kommt hinzu:  
  
Die absonderliche **Anlage der Anti- Brexit- Kampagne**.

1. Soweit hier in Deutschland wahrnehmbar, war der zentrale Hebel der EU- Befürworter die Angstmache: „Mit dem Austritt des UK kommt es zu schweren wirtschaftlichen Schäden.“ Dafür gab es immer neue Kronzeugen aus aller Welt, bis hin zu Herrn Soros, der UK 1992 aus dem Euro herausspekuliert hat. Wer solche Freunde hat braucht keine Feinde mehr. Auch die Drohungen, mit dem Austritt werde alles ganz schlimm, man werde dann auch kein Erbarmen kennen, sondern es den abtrünnigen Briten so richtig geben, wurden mit dem Heranrücken der Abstimmung immer prägnanter: „out is out“ usw. Dieses Herangehen war offensichtlich gefahrengeneigt – wer lässt sich schon gern Bange machen und unter Druck setzen -, aber es war für die „stay“ – Seite emotional und intellektuell sehr bequem. Bedarf, sich mit den Argumenten z.B. der konservativen Austrittbefürworter auch nur zu befassen und dafür griffige Widerlegungen zu entwickeln bestand nicht- die zweisprachige Nummer des Spiegel erlebte ich als erschreckendes Beispiel dafür. Man zitierte gern UKIP’s nationale Romantik und antwortete mit europäischen Werten statt mit Fakten, man malte die schlimmen Folgen eines Austritts an die Wand, statt die doch wirklich enormen Leistungen, Errungenschaften, Vorteile der EU präzise zu benennen. Schlechte Arbeit, nicht überraschend mit einem schlechten Ergebnis.

Leider kann man diese eigenartige Positionierung der Pro- EU- Elite wohl nicht als Zufall sehen. Die Reaktionen nach der Entscheidung zeigten im Gegenteil erneut, wie abgehoben und selbstverliebt weite Teile dieser in der Vergangenheit so ausgeprägt zielstrebig – konstruktiven Milieus inzwischen offenbar ticken. Wünschte man sich bis gestern noch jede Kooperation mit den Briten, heißt es jetzt machtvoll: „Heraus mit euch! So schnell es geht! Wir wollen euch loswerden, je rascher desto besser!“ Und eilig beraumt man Treffen ohne die Briten an, der Kommissionspräsident keift im EP gegen einen britischen Abgeordneten: „Was wollen Sie hier? Gehen Sie nach Hause!“, und untersagt den MitarbeiterInnen der Kommission sogar in aller Form formelle oder informelle Kontakte mit Briten („keine Vorverhandlungen!“). Was soll das? Was für eine Geisteshaltung, was für ein Selbstverständnis der eigenen Rolle zeigen sich da?  
  
Nach dem Lissabon- Vertrag ist ein Austritt ein ganz normaler Vorgang, für den es dort Regeln gibt: Mit dem Austrittsschreiben eines Mitgliedsstaates beginnt eine zwei- Jahres- Frist, bis zu deren Ablauf sich Nichts, Garnichts ändern, es sei denn entsprechende Vereinbarungen werden aktiv getroffen. Wann UK dieses Schreiben abschickt, geht Brüssel überhaupt nichts an, das ist eine souveräne britische Entscheidung. Während der Austrittsverhandlungen tagen die EU- Gremien zu den diesbezüglichen Themen, und nur dazu, ohne den Austrittsstaat, ansonsten wird normal weiter zusammengearbeitet. Alles andere ist durch den Vertrag, den immerhin alle EU- Staaten ratifiziert haben, nicht gedeckt, sondern ein Affront.  
  
Und wir sollten uns eigentlich über jeden Tag freuen, den wir gewinnen, um die zukünftige Zusammenarbeit mit UK neu zu organisieren. Denn kooperieren wollen wir doch – oder wollen wir jetzt, gekränkt wie wir sind, nach den renitenten Russen auf der Krim auch die bockigen Briten auf der Nebelinsel bestrafen? Übrigens: Bis zum Ablauf der Fristen behalten die britischen Parlamentarier im EP ihr Mandat und die britischen Kommissionsmitarbeiter ihre Jobs. Wollen wir die wirklich „schnellstens loswerden“?

Immerhin, einen „Erfolg“ haben „wir pro- Europäer“ seit dem Brexit immerhin schon erzielt: UK wird, anders als zuvor beabsichtigt, im zweiten Halbjahr 2017 nun doch nicht die turnusmäßige Präsidentschaft in den EU- Ministerräten übernehmen. Nicht verwunderlich nach der Krieg- der- Knöpfe- Atmosphäre in den Äußerungen der letzten Wochen. Aber: Sehr schade! Wir hätten uns wünschen und darauf hinwirken sollen, dass die Briten dies wahrnehmen, souverän und professionell. Jetzt ist wieder eine Ebene verloren, auf der man sachlichen Boden für das zukünftige Miteinander hätte bereiten können. Das unabhängige UK hat natürlich Interesse an einer gut funktionierenden EU als Partner, und die EU Interesse an gutem Verständnis ihrer Entwicklung bei und vielen Konsensen mit UK.   
Und dringend sollten wir uns gemeinsam Gedanken darüber machen, was eigentlich die Tagesordnung der Austrittsverhandlungen sein soll, und darin vor allem, wie wir im Rahmen der Austrittsvereinbarungen das Wiederaufleben von Visavorschriften und Aufenthaltsregelungen für EU- Bürger in UK und umgekehrt vermeiden können. Denn das wäre doch wirklich schrecklich.

Kleine Positivmeldung zum Schluss: Innerhalb des Apparats der Bundesregierung laufen inzwischen durchaus professionell wirkende Vorbereitungen für die Austrittsverhandlungen an. Vielleicht wirkt das irgendwann auch auf die Politiker und die Öffentlichkeit durch. Etwas Besinnung und Ruhe im weiteren Vorgehen würde uns, der EU und Europa insgesamt jedenfalls guttun, und vielleicht kommt es sogar irgendwann zu Arbeit an den Strukturfehlern, die Europa jetzt und in näherer Zukunft von Krise zu Krise schlingern lassen.

Feedback gern an: [reinhard.kaiser@gmx.eu](mailto:reinhard.kaiser@gmx.eu)